
FORUM: Deutschland nach Solingen

Hans Mommsen:

Die schleichende Autoritätskrise in der Bundesrepublik

Prof. Dr. Hans Mommsen, geb. 1930 in Marburg, lehrt Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Die Bundesrepublik ist gegenwärtig mit einem tiefgreifenden Vertrauensverlust ihrer Bürger konfrontiert. Sie steht darin nicht allein. Auch die französische und die italienische Republik machen die Erfahrung, daß die politische

Klasse von breiten Massen der Bevölkerung mit Mißtrauen betrachtet wird. Mit Recht ist gesagt worden, daß der Begriff der „Politikverdrossenheit“ irreführend ist. Denn es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich die Bürger nicht mehr um politische Probleme kümmern. Die Zahl lokaler und regionaler Initiativen im Bereich der Kommunal- und Verkehrspolitik, der Ökologie, der Auseinandersetzung mit Ausländerfeindschaft und nicht zuletzt der Arbeitsplatzsicherung ist vielmehr deutlich gestiegen. Wohl aber haben die etablierten Parteien - schon dieses Adjektiv ist verräterisch - alle Mühe, als Adressaten politischer Initiativen der Bürger ernst genommen zu werden.

Die Sorge, daß sich der in der Weimarer Zeit und den ersten Nachkriegsjahren grassierende Affekt gegen die Wirksamkeit politischer Parteien wieder durchsetzen könnte, erscheint jedoch wenig angebracht zu sein. Allerdings mehren sich die Stimmen derer, die der Überprivilegierung der Parteien widerstreben und insbesondere Einschränkungen der öffentlichen Parteienfinanzierung für wünschenswert halten. Die Hoffnung, die Parteien dadurch und durch die Offenlegung der finanziellen Zuwendungen gegenüber dem Einfluß großer Interessenverbände unabhängiger zu machen, hat sich nur begrenzt erfüllt. Der Bürger gewinnt den Eindruck, daß die Parteien einer Selbstbedienungsmentalität verfallen sind, während sie ihre eigentliche Aufgabe, die Interessen ihrer Wähler in politikfähige Alternativen zu bündeln, nicht mehr hinreichend ausfüllen.

Die öffentliche Kritik trifft die Parteien, wenn auch in unterschiedlichem Maße, zu einem Zeitpunkt, in dem sie selbst in der Krise stecken. Immer weniger gelingt es ihnen, qualifizierten Nachwuchs zu finden und in parlamentarische Positionen zu bringen. Nicht persönliche Qualifikation, sondern angestammte Hausmacht entscheiden häufig über innerparteilichen Aufstieg. Zugleich bewirkt ein fortschreitender innerer Versäulungsprozeß einen Mangel an taktischer Flexibilität und politischer Sensibilität. Das gebannte Starren auf die Resultate von Meinungsumfragen und die Überschätzung des Einflusses der Medien lassen schöpferische politische Impulse weithin als obsolet erscheinen. Grundsätzliche und langfristige politische Planungen treten gegenüber kurzfristigem Lavieren zurück.

Folgerichtig erstickt die Tagespolitik häufig in bloß personalistischen Positionskämpfen. Statt reale politische Optionen aufzuzeigen, verschleiert sie die anstehenden Probleme, um Teile der jeweiligen Klientel nicht zu verprellen. Das gilt für Regierung und Opposition gleichermaßen. Die plebiszitäre Reaktion der SPD-Mitgliedschaft auf die Führungskrise der Partei, die zu Engholms Rücktritt führte, spiegelte Vertrauensverlust und Bindungsbereitschaft zugleich. Allerdings öffnet der Glaube an die heilende Kraft direkter Wahlen - jüngsthin sind sie auch für den Bundespräsidenten verlangt worden - keinen dauerhaft zu beschreitenden Ausweg. Hinter der Forderung, direkten Einfluß auf die Parteizentralen zu nehmen, verbirgt sich die fragwürdige Hoffnung eines Teils der Wähler, mit dem politischen System wieder ins Reine zu kommen und dessen innere Verfilzung zu durchbrechen. Ein Mehr an direkter

Demokratie ist gewiß wünschenswert, beseitigt aber nicht den ausgeprägten Autoritätsverlust der politischen Organe der Bundesrepublik.

Seit geraumer Zeit hat sich die politische Klasse hauptsächlich darauf verlegt, gewonnene Machtpositionen zu verteidigen, während sie langfristige und grundsätzliche Ziele aus den Augen verliert. Nicht wirkliche Reformen, sondern defensive Korrekturen sind allenthalben angesagt, ob es sich um Ökologie, Wirtschaftsstruktur oder Sozialpolitik handelt. Die Vision, eine gerechtere Gesellschaft erreichen zu können, ist abhanden gekommen, es geht nur noch darum, die anstehende Einkommensumverteilung möglichst reibungslos, und d. h. auf der Linie des schwächsten Widerstands, über die Bühne zu bringen. An die Stelle politischer Überzeugung tritt bei den Angehörigen der politischen Klasse vielfach bloßer Zynismus oder Realitätsverweigerung. Wen wundert es, daß persönlicher sozialer Aufstieg zum bestimmenden Motiv zahlreicher professioneller Politiker und Verbandsführer wird.

Dort, wo sich Ansätze auf taten, die Sinnkrise des politischen Systems zu überwinden, wie mit dem Auftreten von Björn Engholm, sind sie im Sperrfeuer bloßer Parteiinteressen zerschellt. Zum Surrogat dieser Hoffnungen in der SPD auf der Linken hat sich Rudolf Scharping gemacht. Es kostet indessen Mühe, in ihm einen demokratischen Visionär entdecken zu wollen. Die offizielle raison d'être der Bundesrepublik hatte der Kampf gegen den Kommunismus dargestellt. Nachdem dieser zerfallen ist, wirkt auch das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft als angebliches Allheilmittel eigentümlich schal, während sich das System der sozialen Sicherheit angesichts millionenfacher Arbeitslosigkeit als lückenhaft erweist. Obwohl die deutsche Gesellschaft im Vergleich zur Dritten Welt und den Staaten des ehemaligen Ostblocks einen beneidenswerten Lebensstandard aufweist, wagt niemand mehr recht, den Begriff der „Wohlstandsgesellschaft“ ins Feld zu führen. Er wird in der Tat problematisch, wenn ein signifikanter Teil auch der westdeutschen Bevölkerung unter die Armutsgrenze gedrückt wird. Daß mit fortschreitendem Sozialabbau eben die Kluft zwischen den wohlstuierten Bevölkerungsklassen und den Massen der Dauerarbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Rentner und Kleinverdiener ausgeweitet wird, mag niemand recht zur Kenntnis nehmen.

Die Desillusionierung breiter Teile der Wählerschaft über den schleichenden Niedergang der demokratischen Perspektive bleibt daher nicht aus. Fortschreitende Ernüchterung schlägt in Enttäuschung, Enttäuschung in Resignation oder ziellose Proteste um. Die Mobilisierbarkeit der Bürger gegen Entscheidungen öffentlicher Instanzen im Bereich der Verkehrs-, Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik wächst täglich. Je weniger sich Bürgerinitiativen behaupten - und vierfach sind ihre Anliegen unberechtigt, aber von tiefem Mißtrauen gegen Ämter, Behörden und Parteienvertreter bestimmt -, desto mehr ändert die Artikulation des Protestes ihren Charakter und tendiert zu gewaltsamem Protest.

Die Überfälle auf Ausländer und Asylbewerber sind nicht primär Ausfluß eines langjährig aufgestauten Fremdenhasses, sondern gutenteils Produkt einer Politik, die jahrelang glaubte, sich vorhandene, xenophobe Ressentiments in der Bevölkerung zu durchsichtigen politischen Zwecken zunutze machen zu können. Es ist ziemlich illusorisch zu erwarten, daß Vorfälle dieser Art primär durch ein schärferes Durchgreifen gegen rechtsextremistische Organisationen unterbunden werden können, deren Auftreten und Resonanz bei der Jugend nur einen Reflex der gesamtgesellschaftlichen Situation darstellt. Überdies wäre es verfehlt zu glauben, die Übergriffe überwiegend im Lager des organisierten Rechtsextremismus aufsuchen zu können. Denn Mölln und Solingen sind Endpunkte eines jahrelangen Prozesses der Entsolidarisierung der deutschen Gesellschaft, die sich letztendlich in Übergriffen und Gewaltakten gegen Minderheiten, Andersdenkende und Ausländer niederschlägt und Behinderte und Alte keineswegs ausnimmt. Mit öffentlichen Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit, so hilfreich sie sind, ist der schleichenden Entsolidarisierung ebensowenig beizukommen wie mit einer härteren Gangart bei der Unterbindung von Zuwanderungen.

Die wirtschaftliche Rezession, die finanzpolitische Überbürdung der Bundesregierung und die galoppierende Arbeitslosigkeit bringen es an den Tag: Das Ende der Verteilungsdemokratie ist angesagt. Die Bundesrepublik steht vor der ersten großen ökonomischen Belastungsprobe seit ihrer Gründung. Welcher der Faktoren den Ausschlag für die Verschärfung der ökonomischen Lage gegeben hat, die zu großzügige Umstellung der DDR-Währung, der weltwirtschaftliche Konjunkturéinbruch, der Zerfall des Markts der ehemaligen RGW-Länder oder die mangelnde Rentabilität der deutschen Industrieproduktion auf Grund technologischer und organisatorischer Versäumnisse, kann dahingestellt bleiben. Es gilt, diese Herausforderung durch solidarische Politik zu beantworten.

Gegenwärtig überwiegt in Regierungskreisen das Bestreben, die klaffende finanzielle Lücke primär durch Reduktion des Sozial Etats schließen zu wollen. Die Kürzung der Sozialhilfe, die beabsichtigte Herabsetzung des Unterstützungszeitraums der Arbeitslosenversicherung und die Zusammenstreichung der für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel sind Bestandteil einer Krisenstrategie, die überfälligen strukturellen Reformen ausweicht. Daß sich Abstriche im Sozialhaushalt nicht vermeiden lassen, liegt auf der Hand. Was momentan geschieht, erinnert jedoch fatal an die Regierung Heinrich Brüning, die ein immer größeres Haushaltsdefizit durch Einschnitte im Sozialbereich zu decken versuchte und sich dabei zunehmend vom Unternehmerflügel der Deutschen Volkspartei abhängig machte, ohne damit nennenswerte Haushaltsentlastungen zu erzielen. Das gilt auch für die Psychose, die sich unter dem Stichwort der Standortsicherung allenthalben ausbreitet und im Ruf nach Lohnkürzung, Samstagarbeit und Arbeitszeitverlängerung kulminiert. Diese Schritte wirkten 1931/32, in einer Lage, in der die Reallöhne ohnehin im Sinken begriffen waren, krisenverschärfend, ohne die Defizite zu verringern.

Anders als 1932 besteht heute die Gefahr einer Radikalisierung der Bevölkerung nicht, und die Protestparteien der äußersten Rechten finden nur begrenzten Zulauf. Die Masse der Arbeitnehmer findet sich notgedrungen mit einer verschlechterten Einkommensperspektive ab. Wohl aber verstärkt sich die Tendenz einer fortschreitenden Erosion der Wählerschaft sowohl der bürgerlichen Parteien wie der SPD zugunsten von protestierenden Gruppierungen. Gerade bei der jungen Generation macht sich der Autoritätsverlust des politischen Systems und seiner Wertsetzungen bemerkbar. Die sich wiederholenden Angriffe auf Ausländerheime, auf Ausländer auf unseren Straßen und die Verteufelung von Menschen, die seit langem hier leben, sind ein Indiz dafür, daß sich unkontrollierte Protest- und Gewaltbereitschaft entlädt. Sie entspringt auch dem Gefühl, daß sich ohne Gewaltdemonstration nichts ändert. Die Glaubwürdigkeit der Politik und der staatlichen Institutionen ist gefragt. Unter diesen Bedingungen haben Vorgänge, wie sie in Bad Kleinen geschehen sind, verheerende psychologische Rückwirkungen, die durch den Rücktritt von Bundesinnenminister Seiters wie des Generalbundesanwalts von Stahl nicht beiseite gedrängt sind.

In erster Linie geht es darum, das politische Vertrauen in das parlamentarisch-demokratische System wiederherzustellen. Ebenso gilt es, die Ursachen der Gewaltbereitschaft bei Randgruppen der jungen Generation aufzuspüren und zugleich deren Absinken in die absolute soziale Marginalisierung zu stoppen, das sich in individuellem und kollektivem Protestverhalten, welches bis zur Gewaltanwendung reicht, niederschlägt. So bedürften wir zum Beispiel dringend der Einführung der Ganztagschule, die in weiten Teilen der westlichen Welt zur Regel geworden ist. Sie stellt keine Patentlösung dar, ist aber ein Schritt auf dem Wege zur Integration eben jener Gruppen, die ihrer Frustration durch Gewalthandlungen Luft machen. Bedauerlicherweise ist der Zustand der öffentlichen Kassen nicht dazu angetan, diese längst überfällige Erziehungsreform vorzunehmen. Sie wird jedoch immer noch preiswerter sein als verstärkte Polizeieinsätze und überfüllte Haftanstalten.

Sicherlich hat sich im Verlauf der letzten Monate ein Wandlungsprozeß im öffentlichen Bewußtsein vollzogen. Trotz anhaltender Ausländerfeindlichkeit verstärkt sich die Bereitschaft, gemeinsam dagegen anzugehen. Innerhalb des politischen Systems sind freilich Signale in dieser Beziehung nur vereinzelt. Statt politischer Fairneß und Toleranz Raum zu geben, halten vor allem die Regierungsparteien verbissen daran fest, durch die Politisierung von bislang nicht von den Parteien beherrschter Sektoren, wie etwa der wissenschaftlichen Personalpolitik, ihre Machtstellung zu zementieren, während ihre innere Glaubwürdigkeit von wachsenden Teilen der Bevölkerung in Zweifel gezogen wird.